

## Diakonie und Caritas klagen über häufig rechtswidrige Abschiebehaft

MAINZ/INGELHEIM. Im rheinland-pfälzischen Abschiebegefängnis in Ingelheim wurden nach Erkenntnissen von Diakonie und Caritas im vergangenen Jahr viele Menschen zu Unrecht festgehalten. Die Wohlfahrtsverbände hatten 2019 über ihren gemeinsame Rechts hilfefonds 60 Gefangene betreut. In 25 dieser Fälle sei die Abschiebehaft entweder aufgehoben oder im Nachhinein für rechtswidrig erklärt worden.

Die hohe Fehlerquote der Haftbeschlüsse mache deutlich, dass die Rechtshilfe weiter notwendig bleibe, erklärten Diözesancaritasdirektorin Nicola Adick und der Vorstandsvorsitzende der Diakonie Hessen, Carsten Tag.

Viele Abschiebungen führten die Betroffenen nicht in ihre Heimat, sondern in andere EU-Staaten. Diakonie und Caritas forderten daher eine Reform der europäischen Asylpolitik. Die sogenannte Dublin-III-Verordnung

gehöre auf den Prüfstand, forderte Adick: »Dass Menschen, die Schutz suchen und einen sicheren Ort, oft über Jahre von einem europäischen Land ins nächste verschoben werden, ist nicht hinnehmbar.« Abschiebungen und Wiedereinreisen führten außerdem zu »unverhältnismäßig hohen Kosten«.

Das offiziell als »Gewahrsams-einrichtung für Ausreisepflichtige« bezeichnete Gefängnis in Ingelheim mit aktuell 40 Haftplät-

zen existiert seit Mai 2001. Im Jahr 2019 waren dort insgesamt 499 Personen inhaftiert, momentan steht die Einrichtung weitgehend leer, da wegen der Coronavirus-Pandemie kaum Abschiebungen geplant werden können. Die Wohlfahrtsverbände gehen davon aus, dass sich das in näherer Zukunft wieder ändern wird. *epd*

[www.evangelische-sonntagszeitung.de](http://www.evangelische-sonntagszeitung.de)